

Paibacher Zeitung.

Nr. 290.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 12, halbj. 6.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 16, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 18. Dezember

Insertionspreis: Die 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 90 kr., 3mal 1.20; sonst pr. Zeile 1mal 6 kr., 2mal 9 kr., 3mal 12 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesmal 30 kr.

1873.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät geruhen mit Allerhöchster Entschliessung vom 12. Dezember l. J. den Contreadmiral Alois Ritter von Pokorah unter Enthebung vom Escadrecommando zum Militär-Fasencommandanten in Pola allergnädigst zu ernennen.

Au dessen Stelle geruhen Se. k. und k. Apostolische Majestät den bisherigen Militär-Fasencommandanten zu Pola, Contreadmiral Max Daublebsky Freiherrn von Sternel und Ehrenstein zum Escadrecommandanten allergnädigst zu ernennen und anzuordnen, daß derselbe in Anerkennung seiner als Militär-Fasencommandant geleisteten vorzüglichen Dienste der Ausdruck der Allerhöchsten Zufriedenheit bekannt gegeben werde.

Verordnung des k. k. Handelsministers vom 14. Oktober 1873,

womit ein Termin für die Zulassung von nicht der Aichordnung vom 19. Dezember 1872 entsprechenden Wagen zur Aichung festgesetzt wird.

In Erwägung des § 91 der Aichordnung vom 19. Dezember 1872 (R. G. Bl. Nr. 171) wird über Antrag der k. k. Normal-Aichungscommission angeordnet, daß vom 1. Jänner 1874 angefangen nur mehr solche gleichartige Balken, Brücken- und oberhalbige Wagen zur Aichung zugelassen sind, welche den Bestimmungen der §§ 25 bis 31 dieser Aichordnung entsprechen, daher dieselben auch mit dem neuen Stempel zu beglaubigen sind und der Entrichtung der Aichgebühr unterliegen.

Vanhans m. p.

Verordnung des Handelsministeriums vom 20. November 1873,

womit im Einvernehmen mit dem k. k. Ministerium des Innern das Uebermaß jener nach metrischem Maße angefertigten Gefäße festgesetzt wird, welche in öffentlichen Schanklocalitäten zur Verabreichung der Getränke an die Consumenten benützt werden.

In Ausführung des Gesetzes vom 23. Juli 1871 (R. G. Bl. Nr. 16 vom Jahre 1872) wird bestimmt, daß jene Trinkgeschirre der Gewerbetreibenden, welche in öffentlichen Schanklocalitäten zur Verabreichung der nach dem Litermaß verkauften Getränke benützt werden, mindestens folgendes Uebermaß über dem Spiegel der mit einem geeichten Elemente eingemessenen Flüssigkeit haben müssen:

Vom Flüssigkeitsspiegel bis zum Rande

Bei Gefäßen von	
1 Liter	20 Mm.
1/2 "	15 "
1/4 " und weniger	10 "

Bei den im Ausschank vorkommenden Flaschen der Gewerbetreibenden darf der Flüssigkeitsspiegel bei richtiger Füllung bis zum vollen Inhalte nicht über der halben Höhe des Halses liegen.

Uebertretungen dieser Verordnung werden nach den betreffenden Gesetzen bestraft.

Die im Handel vorkommenden Bouteillen sind der obigen Bestimmung nicht unterworfen.

Bezüglich des Uebermaßes der noch nach wiener Maß angefertigten Trinkgeschirre bleiben, so lange das wiener Maß nach Artikel V des Gesetzes vom 23. Juli 1871 (R. G. Bl. Nr. 16 vom Jahre 1872) noch im Verkehr gestattet ist, die im § 29 des zweiten Theiles der allgemeinen Instruction für die Ementierungsämter (kundgemacht mit Erlaß des k. k. Ministeriums des Innern vom 6. Juni 1858, Z. 444) gegebenen Vorschriften in Wirksamkeit.

Vanhans m. p.

Am 16. Dezember 1873 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das LIX. Stück des Reichsgesetzblattes in sämtlichen acht Ausgaben ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter

Nr. 158 die Verordnung des Handelsministers vom 14. Oktober 1873, womit ein Termin für die Zulassung von nicht der Aichordnung vom 19. Dezember 1872 entsprechenden Wagen zur Aichung festgesetzt wird;

Nr. 159 die Verordnung des Handelsministeriums vom 20. November 1873, womit im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern das Uebermaß jener nach metrischem Maße angefertigten Gefäße festgesetzt wird, welche in öffentlichen Schanklocalitäten zur Verabreichung der Getränke an die Consumenten benützt werden;

Nr. 160 die Kundmachung des Handelsministers vom 25. November 1873 betreffend das Erlöschen der Concession vom 10. August 1872, R. G. B. Nr. 134, für eine Locomotiveisenbahn mit Zahnradbetrieb von Sanct-Wolfgang auf die Spitze des Schafberges.

Ebenfalls den 16. Dezember 1873 wurde ebenda die italienische Ausgabe des am 25. November 1873 vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe ausgegebenen LVII. Stückes des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter

Nr. 152 die Verordnung des Justizministeriums vom 19. November 1873, womit im Einvernehmen mit dem Minister des Innern eine Vollzugsvorschrift zur Straßprojektorordnung vom 23. Mai 1873, R. G. Bl. Nr. 119, erlassen wird.

Samstag, den 13. Dezember 1873, wurde ebenda die böhmische Ausgabe des am 30. Juni 1873 vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe ausgegebenen XLII. Stückes des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter

Nr. 119 das Gesetz vom 23. Mai 1873 betreffend die Einführung einer neuen Straßprojektorordnung;

Nr. 120 das Gesetz vom 23. Mai 1873 betreffend die zeitweise Einstellung der Geschworenengerichte;

Nr. 121 das Gesetz vom 23. Mai 1873 betreffend die Bildung der Geschworenengerichte.

(Br. Btg. Nr. 290 vom 16. Dezember.)

Nichtamtlicher Theil.

Vom Tage.

Es obliegt uns auch heute die Aufgabe, Journalstimmen über die verschiedenen Ereignisse, die sich auf dem inneren politischen Gebiete vollzogen, zu registrieren.

In betreff des Memorandums der tschechischen Reichsrathsabgeordneten an das Präsidium des Abgeordnetenhauses lesen wir im „Fremdbl.“:

„Von föderalistischer Seite wird scheinbar Gewicht darauf gelegt, daß die Erklärung der tschechischen Reichsrathsabgeordneten in Verhandlung gezogen werde. Das „Vaterland“ wenigstens unterzieht diesen Gegenstand neuerdings der Erörterung und findet, daß dem Antrage des Grafen Hohenwart keine formellen Bedenken entgegenstehen. Man müßte den föderalistischen Abgeordneten eine Verwahrung ihres Rechtsstandpunktes zugestehen und soann versuchen, zwischen dem Status quo und den Ideen des Oktoberdiploms einen Ausgleich zu erzielen. Das ist immerhin verhältnißmäßig gesprochen, aber die Thaten entsprechen nicht den Worten. Denn die tschechischen Abgeordneten Böhmens haben erklärt, in den Reichsrath nicht eintreten zu können und sie haben nicht einmal mit einer Reichsverwahrung eintreten wollen. Man kann aber unmöglich dem Reichsrath zumuthen, mit einer Anzahl von Abgeordneten, die dem Parlamente nicht angehören, Verhandlungen über einen Ausgleich anzuknüpfen. Die erste Bedingung ist, daß die föderalistischen Abgeordneten Böhmens in den Reichsrath eintreten, falls sie wieder gewählt werden, denn vorläufig sind sie ihrer Mandate verlustig. So lange diese Bedingung nicht erfüllt ist, fehlt der formelle Anknüpfungspunkt für Verhandlungen. Im Reichsrathe müssen die föderalistischen Abgeordneten ihre Anträge stellen, an ihnen ist es, die Initiative zu ergreifen. Die verfassungstreue Majorität könnte allenfalls in einer motivierten Tagesordnung über den Antrag Hohenwarts ihren veröhnlichen Gefinnungen Ausdruck geben. Der Antrag muß ja nach dem Widerzusammentritte des Reichsrathes zur Verhandlung kommen.“

Ueber die Action der Alt- und Jungtschechen meldet die „Pr. ff.“:

Die Alttschechen haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben, die Jungtschechen auch diesmal wieder zur Unterwerfung zu nöthigen. Sie erwarten, daß das tschechische Volk, wenn dieses zur Entscheidung aufgerufen wird, ihnen dabei beihilflich sein und den Jungtschechen sich nicht anschließen. Der „Pötkol“ entwirft den Plan, der zu diesem Ziele führen soll. Es sei nemlich jetzt die Hauptaufgabe des tschechischen Vertrauensmänner-Klubs, die Einheit der Nation wieder herzustellen. Der einstimmige Beschluß des Klubs, daß die Minorität sich der Majorität unterwerfen soll, müsse in den Wahlbezirken, bei den Wählern durchgeführt werden, nachdem es in den Kreisen der Abgeordneten nicht möglich war. Daran müsse mit dem Aufgebote aller Kräfte gearbeitet werden. Zugleich setzen die Alttschechen das stärkste ihnen zu Gebote stehende Druckmittel auch das Volk in Bewegung — sie drohen den Wählern mit dem Rücktritte Palachys und Riegers. Sollte nemlich — erklärt der „Pötkol“ — die jungtschechische Politik bei den Wählern mehr Gewicht und Erfolg haben als bei den Abgeordneten, so werden die alttschechischen Abgeordneten nicht auf sich den Vorwurf lasten lassen, daß sie durch ihren Widerstand der zur Majorität gelangten Partei der „landtäglichen Thätigkeit“ im Wege stehen. Dann werden sie selbst den Klubbeschlusse, daß die Minorität sich zu fügen habe, ausführen; die Herren Palachy und Rieger und ihre

politischen Freunde werde ihre Mandate niederlegen, aber mit der lokalen Ansicht, nie mehr wieder zu candidieren.

— Unter den demonstrativen Kundgebungen der Zustimmung aus Wählerkreisen, welche sowohl in den alt- wie in den jungtschechischen Organen veröffentlicht werden, ist besonders auffallend eine, welche von dem bekannten Feudalen v. Scharffenstein-Pfeil veranstaltet wurde, weil in derselben zum ersten male ausschließlich Rieger als der „anerkannte Führer des tschechischen Volkes“ proclamirt wird.“

Die alttschechischen Organe machen alle Anstrengungen, um dem Fortschreiten der Zersetzung im nationalen Lager Einhalt zu thun; sie wollen durch Ausschließung der Jungtschechen auf die Arbeitslosigkeit des Volkes speculieren und Zwietracht durch Befestigung der Ruhestörer gebannt wissen. Während die „Politik“ erklärt, daß die Jungtschechen sich dem Urtheil der Nation fügen müssen, welches gegen jeden Separatismus und auf ein künftiges Vorgehen der Volksvertreter laute, veröffentlicht die „Nar. Listy“ eine Reihe von Kundgebungen vom Lande, die sich für die Landtagsbescheidung aussprechen. Der „Svoboda“ bekämpft in der entschiedensten Weise die „Nationalregierung“, als deren einziger Repräsentant Dr. Rieger sich betrachtet. Das Volk könne wollen, was es will; will Dr. Rieger nicht, so dürfe nichts geschehen und wer ihm sich nicht füge, sei verflucht. Daraus geht hervor, daß man thatsächlich eine Nationalregierung habe und zwar eine genug leidenschaftliche, fanatische und unvernünftige gleich jeder andern Regierung, die sich für unschulbar betrachtet. Wollte man nun, daß endlich die Bahn einer nationalen Politik betreten werde, dann müsse der bisherigen Politik der Willkür der Führer, der Politik der Autorität und Infallibilität ein Ende gemacht werden.

Die „N. fr. Presse“ bespricht den Wirkungskreis der Landtage und findet, daß dieser durch die Wahlreform nichts eingebüßt habe. Es wäre von den Landtagscurien sonderbar, sich zu beschweren, daß das Wahlrecht in den Reichsrath der Wählerschaft zurückgestellt wurde. Die Agenden der Landtage seien zahlreich und wichtig genug, um reichliche Arbeit zur Bewältigung der Provinzial-Interessen zu geben. Es wäre eine große Concession an die Autonomie der Königreiche und Länder gewesen, den Reichsrath angesichts seiner dringenden Aufgaben jetzt auf so lange zu vertagen, um den Landtagen die eingehendste Berathung ihrer Landesangelegenheiten zu gestatten.

Der „Eas“ spendet dem jüngsten Glase des österreichischen Justizministers Dr. Glaser an die Staatsanwälte das höchste Lob und drückt den Wunsch aus, es möge den ausgezeichneten Bemerkungen eines so vorzüglichen Criminalisten alsbald die Verwirklichung folgen.

In den italienischen Blättern bekämpft der „Corriere de Trieste“ ununterbrochen die von der Landtagsmajorität befürwortete Ausschließung der deutschen Sprache von den staatlichen Lehranstalten Triests, wofür das Blatt die größte Anerkennung verdient.

Die „Gaz. di Trieste“ stimmt der von der Minorität des dalmatinischen Landtages beschlossenen Mandatsniederlegung bei und motiviert dieselbe durch die der Verfassungspartei wiederfahrenen Ungerechtigkeiten. Der „Nationale“ spricht sich dagegen aus und bezeichnet den gethanen Schritt als inconstitutionell.

Aus den Landtagen.

(13. Dezember.)

Dalmatien. Der Antrag, die Regierung aufzufordern, in den ärmsten Bezirken einen Aufschub für die Bezahlung der Steuern zu gewähren und den Verkauf der hiefür bereits gepfändeten Sachen einzustellen, sowie der weitere Antrag Vjubić in betreff der Unterrichtssprache an den Realschulen wurden dem Landesauschusse zur Berücksichtigung zugewiesen. — Der Antrag, daß die Bestimmung der Verpflegungsgebühren in den Landesospitälern durch den Landesauschuß einvernehmlich mit der Landesregierung geschehe, wurde angenommen. — Die Abgeordneten der Minorität Botteri und Buletic haben ihr Mandat niedergelegt.

(15. Dezember.)

Mähren. Aupitz und Genossen interpellieren wegen Uferossen an der March bei Skally. Pfarrer Weber und Genossen interpellieren wegen Unregelmäßigkeiten bei den Gemeindevahlen in Gaha. Der Antrag wird mit Majorität abgelehnt. Der Antrag des Domvicars Wurm auf Einsetzung eines Ausschusses, der die Ursachen der steigenden Verarmung in Mähren ermittle und über Gegenmittel berichte, wird nach längerer Begründung, wo-

bei der Antragsteller für die Verarmung des slavischen Volkes nur die gegenwärtige Regierung verantwortlich macht, angenommen. Hierauf wurden mehrere Rechnungsabschlüsse und Personalien nach den Anträgen des Finanzausschusses erledigt.

Kärnten. Der Landesausschuß beantragt eine Petition an das Ministerium und an die beiden Häuser des Reichsrathes um Abänderung des § 66 des Reichsgesetzes bezüglich der Schule in dem Sinne, daß, wenn die Umlage zu Schulzwecken 15 pSt. des Ordinariums der directen Steuern übersteigt, die Deckung des Mehrbedarfes wenigstens bis zur Tilgung des Grundentlastungsfonds aus Reichsmitteln erfolgen solle.

Italien. Die Gesegentwürfe wegen Regelung des Baches Cornolunga und Statutsänderung der Stadt Rovigno wurden angenommen, ebenso eine Resolution wegen Bestellung eigener besoldeter Beamten für die öffentlichen Bücher bei Gerichten.

Civilcche in Preußen.

(Schluß.)

§ 30. Ist einer der Orte, an welchem nach § 29 das Aufgebot bekannt zu machen ist, außerhalb Preußens gelegen, so ist an Stelle des an diesem Orte zu bewirkenden Auszuges die Bekanntmachung auf Kosten des Antragstellers einmal in ein Blatt einzurücken, welches an dem ausländischen Orte erscheint oder verbreitet ist. Die Eheschließung ist nicht vor Ablauf einer Woche nach dem Tage der Ausgabe der betreffenden Zeitungsnummer zulässig. Es bedarf dieser Einrückung nicht, wenn eine Bescheinigung der betreffenden ausländischen Ortsbehörde dahin beigebracht wird, daß ihr von dem Bestehen eines Ehehindernisses nichts bekannt sei.

§ 31. Kommen Ehehindernisse zur Kenntnis des Standesbeamten, so hat er die Schließung der Ehe abzulehnen. Einsprüche, welche sich auf andere Gründe stützen, hemmen die Schließung der Ehe nicht.

§ 32. Soll die Ehe vor einem andern Standesbeamten als demjenigen geschlossen werden, welcher das Aufgebot angeordnet hat, so hat der letztere eine Bescheinigung dahin auszustellen, daß und wann das Aufgebot vorschriftsmäßig erfolgt ist, und daß Ehehindernisse nicht zu seiner Kenntnis gekommen sind.

§ 33. Der Staatsanwalt, in dessen Amtsbezirk die Ehe geschlossen werden soll, kann, wenn eine vorhandene Lebensgefahr oder andere dringende Gründe einen Aufschub der Eheschließung nicht gestatten, eine Abkürzung der in den §§ 29 und 30 für die Bekanntmachung bestimmten Fristen, und in besonders dringenden Fällen den gänzlichen Wegfall des Aufgebots bewilligen. Im Mangel dieser Voraussetzungen kann eine gänzliche Befreiung vom Aufgebot nur im Wege königlicher Dispensation erfolgen.

§ 34. Das Aufgebot verliert seine Kraft und muß wiederholt werden, wenn seit dessen Vollziehung sechs Monate verstrichen sind, ohne daß die Ehe geschlossen worden ist.

§ 35. Die Schließung der Ehe erfolgt in Gegenwart von zwei Zeugen durch die an die Verlobten einzeln und nach einander gerichtete feierliche Frage des Beamten: ob sie erklären, daß sie die Ehe mit dem gegenwärtigen

andern Theile eingehen wollen, durch die bejahende Antwort der Verlobten und durch den hierauf erfolgenden Ausspruch des Beamten, daß er sie nunmehr kraft des Gesetzes für rechtmäßig verbundene Eheleute erkläre. Verwandtschaft oder Schwägerschaft zwischen den Theilnehmenden und den Zeugen, oder zwischen den Zeugen untereinander, steht deren Zuziehung nicht entgegen.

§ 36. Die Ehe erlangt mit dem Abschluß vor dem Standesbeamten bürgerliche Gültigkeit.

§ 37. Die in das Heiratsregister einzutragende Heiratsurkunde soll enthalten: 1. Ort und Tag der Eheschließung; 2. Vor- und Familiennamen, Alter, Stand oder Gewerbe, Geburts- und Wohnort der die Ehe eingehenden Personen; 3. Vor- und Familiennamen, Alter, Stand oder Gewerbe und Wohnort ihrer Eltern; 4. Vor- und Familiennamen, Alter, Stand oder Gewerbe und Wohnort der zugezogenen Zeugen; 5. die auf Verlangen des Beamten abgegebene Erklärung der Verlobten sowie die erfolgte Verkündung ihrer Verbindung.

§ 38. Ist eine Ehe getrennt, für ungültig oder für nichtig erklärt worden, so hat die Staatsanwaltschaft zu veranlassen, daß dies auf Grund einer mit der Bescheinigung der Rechtskraft versehenen Ausfertigung des Urtheils am Rande der Heiratsurkunde eingetragen werde.

§ 39. Jeder Sterbefall ist spätestens am nächstfolgenden Tage dem Standesbeamten des Ortes, wo der Tod erfolgt ist, anzuzeigen.

§ 40. Zu der Anzeige verpflichtet ist das Familienhaupt, beziehungsweise die Witwe, und wenn ein solcher Verpflichteter nicht vorhanden oder an der Anzeige verhindert ist, derjenige, in dessen Wohnung oder Behausung der Sterbefall sich ereignet hat.

§ 41. Die §§ 15—17 kommen auch in Beziehung auf die Anzeige der Sterbefälle zur Anwendung. Hat eine amtliche Ermittlung über die Todesursache stattgefunden, so erfolgt die Eintragung des Sterbefalles auf Grund der schriftlichen Mittheilung der zuständigen Behörde.

§ 42. Die Eintragung des Sterbefalles soll enthalten: 1. Vor- und Familiennamen, Alter, Stand oder Gewerbe, Wohnort und Geburtsort des Verstorbenen; 2. Vor- und Familiennamen seines Ehegatten; 3. Vor- und Familiennamen, Stand oder Gewerbe und Wohnort der Eltern des Verstorbenen; 4. Ort, Tag und Stunde des erfolgten Todes, soweit diese Verhältnisse bekannt sind; 5. Vor- und Familiennamen, Alter, Stand oder Gewerbe und Wohnort des Anzeigenden.

§ 43. Keine Beerdigung darf vor der Eintragung des Sterbefalles in das Sterberegister stattfinden. Ist die Beerdigung früher erfolgt, so darf die Eintragung des Sterbefalles nur mit Genehmigung des Staatsanwalts nach Ermittlung des Sachverhalts erfolgen.

Politische Uebersicht.

Laibach, 17. Dezember.

Der „P. Lloyd“ meldet: „In ungarischen Regierungskreisen beschäftigt man sich derzeit sehr eifrig mit dem Entwurfe einer neuen Vertheilung der Regenden unter die Ressortminister. Der Anfang soll mit der Ausscheidung einiger Angelegenheiten, insbesondere der Domänenverwaltung aus dem Departement des Finanz-

ministeriums gemacht und dann die Führung des in solcher Weise reducierten Finanzportefeuilles gleichzeitig mit dem Ministerpräsidenten in der Hand des Herrn v. Szlavy vereinigt werden.“ — Das ungarische Abgeordnetenhaus nahm das Budget für 1874 an. — Von sieben aus dem Deakklub ausgetretenen Abgeordneten traten vier der Mittelpartei bei. — Die Gesetzentlage über das Rekrutencontingent wurde in dritter Lesung bei Namensaufruf mit 151 gegen 100 Stimmen angenommen. In der Budgetdebatte sprach nach dem Referenten Söhl der Honvedminister Szende, um die Streichungen im Honvedbudget zu rechtfertigen, zu denen sich die Regierung nur unter dem Druck der zwingenden Verhältnisse entschlossen hat. Die Rede wurde allseitig beifällig aufgenommen. Paul Moricz erklärte, das linke Centrum wolle der Regierung in der bevorstehenden Budgetdebatte keine Schwierigkeiten bereiten, um nicht neuerdings eine Indemnität nothwendig zu machen.

Heute kommt im preussischen Abgeordnetenhaus der Gesetzentwurf über die obligatorische Civilcche zur ersten Lesung. Die geschäftliche Behandlung desselben entspricht seiner Dringlichkeit. Die liberale Partei hätte zwar große Lust, dieselbe durch Commissionsberatungen in die Länge zu ziehen, allein die liberalen Fractionen geben einmüthig der Plenarberatung den Vorzug. Die Einwendungen, welche die Volksvertretung gegen den Entwurf und speziell gegen § 6 desselben erheben dürfte werden, wie es scheint, bei der Regierung nur einen mäßigen Widerstand hervorrufen; das Interesse, die Vorlage so schnell als möglich Gesetz werden zu sehen, ist eben auf beiden Seiten gleich groß. Es ist übrigens schon jetzt zweifellos, daß im nächsten Reichstage die Einführung der Civilcche für ganz Deutschland beantragt und, nach der nunmehr im Bundesrath erfolgten Annahme des Kaiserlichen Antrages über die Reichscompetenz, auch durchgesetzt werden wird.

Die vereinigte Bundesversammlung in Bern wählte im ersten Wahlgange Schenk mit 80 von 132 Stimmen zum Bundespräsidenten. Die Wahl des Vizepräsidenten erforderte zwei Wahlgänge; gewählt wurde Welti mit 77 von 144 Stimmen.

Nach den neuesten englischen Depeschen hat die Insurrection in Cartagena noch für elf Wochen Proviant, Kohlen und Munition seien reichlich vorhanden. Das spanische Geschwader vor der Rhyde hatte nur eine fictive Blockade aufrecht. Die madridische „Gaceta“ veröffentlicht ein Decret, durch welches eine Junta gebildet wird, die eine Nationalsubscription zur Linderung des infolge der Insurrection von Cartagena eingetretenen Elends veranstalten soll. — Ein cantonaler Aufstandsversuch in Barcelona ist infolge Einschreitens der Truppen mislungen. Die Carlisten sind in Mlot eingezogen. Ein Lebensmitteltransport ist in Verga eingetroffen.

Die neue Strafprozessordnung.

Die Aufstellung von öffentlichen Anklägern bei den Bezirksgerichten bildet eine der wichtigsten Consequenzen der Durchführung des neuen Anklageprincipes in der neuen Strafprozessordnung. Der neueste bereits im Auszug mitgetheilte Erlass Sr. Exc. des Ju-

Seniileton.

Der Kampf ums Dasein.

Roman von Franz Ewald.

(Fortsetzung.)

Paul war aufgesprungen. Er stand hoch aufgerichtet seinem Vater gegenüber, der in sich zusammengefallen in seinem Lehnstuhl sauerte. Allmählig war es ihm klar geworden, daß der Vater nicht von unwesentlichen Dingen sprach, sondern sie hatten Leben und Gestalt angenommen — das waren keine Phantasien, sondern Wahrheit, und er stand als der Rächer vor dem alten Mann, um sein verlorenes Glück zurück zu fordern.

„Vater, die Wahrheit — ich muß alles wissen“, leuchtete er aus tiefer Brust hervor. „Sprich, lebt Marie noch?“

„Ich weiß es nicht“, gab der alte Kaufherr fast willkürlich zur Antwort.

„Du weißt es nicht?“ lachte Paul voll Bitterkeit. „O, mein Gott, du weißt es nicht? Lebte sie denn damals noch, als — als du mir ihren Todtenschein gabst?“

„Ja“, murmelte Herr Stromberg tonlos.

„O, barmherziger Gott —“

Paul brachte das Wort nicht über seine Lippen, welches ihm auf der Zunge schwebte. Aber er wandte sich von seinem Vater ab und durchmaß mit raschen Schritten das Gemach.

Dann blieb er wieder vor seinem Vater stehen.

„Ich muß die Wahrheit wissen — alles, ich muß gut machen, wenn ich kann.“

Es leuchtete bligartig in den bleichen, verwirrten Zügen des alten Mannes auf.

„Paul, du wolltest gut machen? Und was wird aus Emilie?“

„Du fragst noch, Vater, was kümmert mich Emilie?“

Sie muß mich freigeben — sie wird mich freigeben — o, ich weiß es, sie wird es nur zu gerne thun.“

„Paul — eine Frage? Kannst du deinem Vater verzeihen?“

Eine qualvolle Angst prägte sich in den Mienen des alten Mannes aus. Aber kein Zug in Paul's Antlitz wurde weicher, milder.

„Ich weiß nicht, Vater, in wie weit du theil an einer Handlung genommen, welche, wenn sie wirklich stattgefunden, das größte Verbrechen wäre und ich würde keinen Augenblick ansetzen, die Schuldigen zur gerechten Strafe zu ziehen.“

„Paul!“ rief Herr Stromberg entsetzt aus. „Du würdest deinen eigenen Vater nicht schonen?“

„Nein, in diesem Falle würde ich meinen eigenen Vater nicht schonen“, sagte Paul kalt. „Bedenke, daß du in dem Falle wahrlich nicht als ein Vater an mir gehandelt hättest. Aber gib' mir jetzt Antwort auf meine Fragen — ich muß klar sehen. Wann hast du zuletzt von Marie Schneider gehört?“

„Bald nach deiner Ankunft im Vaterhause“, entgegnete der Greis, gebrochen an Leib und Seele.

„O, mein Gott, bin ich denn wahnsinnig? Es sollte wahr sein — wirklich wahr? Marie lebt, während ich um die Hand einer anderen werbe? Vater! Vater! wie willst du das verantworten?“

„Paul, höre mich an, ehe du richtest“, stöhnte der alte Kaufherr. „So wahr mir Gott helfe, ich bin nur halb so schuldig, und hättest du nicht sogleich nach deiner Ankunft um Emilie's Hand angehalten — Marie Schneider wäre dir von deinem Vater entgegengeführt worden.“

„O Gott, träume ich denn? Sie lebt?“

„Ja, Paul — ich hoffe, sie lebt“, sagte Herr Stromberg mit Thränen in den Augen. „O vergib mir, Paul! Ich war einst stolz und hochmüthig, als ich dir damals meine Einwilligung versagte, aber ich habe schwer dafür gebüßt. Damals, als ich dir sagte,

daß Marie bei dem Brande umgekommen sei, lebte sie allerdings noch, aber einen Tag später erhielt ich die Nachricht, daß sie gestorben sei.“

„Und später?“

„Marie ist — ich bin glücklich, daß ich dir das in diesem Augenblicke sagen kann — durch meine und Paulens Nachforschungen aufgefunden.“

„Gott sei Dank, Vater! Vergib mir, daß ich einen Augenblick an dir zweifeln konnte.“

„Du hattest Grund genug dazu, Paul.“

„Aber nun sage mir das Nähere. Wie war es möglich, daß Marie spurlos verschwinden konnte — daß sie nie wieder ein Lebenszeichen von sich gab?“

„Das weiß ich nicht, das wird sie dir selbst am besten sagen können.“

„Aber wo ist sie? Wo finde ich Sie?“

„Ich bitte dich, dich mit dieser Frage an unseren alten, treuen Buchhalter Paulsen zu wenden, mein Sohn. Er wird dir am besten Auskunft darüber ertheilen können.“

„Mein Kopf brennt mir wie im Fieber. Ich muß fort — ich darf keine Minute mehr zögern.“

„Ich begreife deine Unruhe. Aber noch eine Frage: Was wird mit Emilie?“

Ein Scharten flog über Pauls Gesicht, aber nur einen einzigen Moment, dann erglänzte es wieder im hellsten Sonnenschein.

„Darum Sorge dich nicht. Emilie wird bereit sein, das Band zu zerreißen, welches für sie nur eine Kette ist.“

„Ich will es hoffen, Paul.“

Vater und Sohn trennten sich. Ersterer athmete so tief und frei auf, wie er seit einer langen Reihe von Jahren nicht gethan. Er fühlte sich wie von einer Zentnerlast befreit. Die dunkle Vergangenheit lag hinter ihm und vor ihm in hellem Sonnenschein glänzte es wie eine glückliche Zukunft.

(Fortsetzung folgt.)

Justizministers Dr. Glaser an die Oberstaatsanwaltschaften enthält in dieser Richtung folgende Information:

Eine schwierige Aufgabe fällt der Staatsanwaltschaft bezüglich der Ausübung der Anklagefunctionen bei den Bezirksgerichten zu. Die Neuheit dieser Einrichtung für ihr Gedeihen unausgesetzte Ueberwachung, sorgfältige Pflege und tactvolle Behandlung voraus. Die Bereitwilligkeit des Ministeriums des Innern, welches für diese Functionen einen Theil seiner Organe zur Verfügung gestellt hat, das Entgegenkommen von Männern in unabhängiger Lebensstellung, welche sich in großer Zahl zur Uebernahme derselben bereit erklärten, hat die beruhigende Gewissheit gebracht, daß diese Einrichtung lebensfähig und der Durchführung des Anklagegrundsatzes auf allen Stufen des Strafverfahrens dienstbar gemacht werden könne. Die zukünftige Entwicklung dieser Einrichtung hängt zumeist von der Umsicht ab, mit welcher die Oberstaatsanwälte und die Staatsanwälte zu derselben Stellung nehmen werden. Da wo die Anklagefunctionen von Delegierten anderer Behörde besorgt werden, werden die Staatsanwälte in diesen Behörden die geeignetsten Vermittler wünschenswerther Einwirkungen auf die Functionäre finden; es wird ihnen aber auch eine rücksichtsvolle Pflege dieses Verhältnisses zur Pflicht gemacht.

Was die zu Functionären zu ernennenden Privaten betrifft, so werden tüchtige Kräfte nur dann in dieser nicht immer leichten Dienstleistung ausharren, wenn sie bei den Staatsanwälten kräftige Unterstützung und bei den Gerichten achtungsvolle Berücksichtigung finden. Auf diese letztere können sie ihrerseits nur dann rechnen, wenn sie durch ihre Amtsthätigkeit sich in Achtung zu erhalten wissen. Hierzu gehört unbedingt, daß die Staatsanwälte solche Functionäre vor dem Antritte ihres Dienstes über ihre Stellung im Strafprozeß, über die Grundprinzipien des Strafverfahrens, soweit ihnen die Kenntnis derselben nöthig ist, über ihre Pflichten und die ihnen zukommenden Rechte, über die Tragweite der von ihnen gestellten Anträge und abgegebenen Erklärungen und nöthigenfalls auch über die Bestimmungen des materiellen Strafrechts in allgemeinen Umrissen belehren, um sie nach Möglichkeit vor falschen Schritten zu bewahren.

Je mehr es gelingen wird, das Ansehen der Functionen zu heben, desto leichter werden sie auch in der Folge für dieses Amt Persönlichkeiten gewinnen lassen, deren Theilnahme von wahrhaftem Nutzen ist; wogegen auf einen solchen Gewinn nicht zu hoffen wäre, wenn das Institut der Functionäre sich nicht das Vertrauen der Gerichte und der Bevölkerung zu erwerben vermöchte.

Eine Gelegenheit, gründlichen Einblick in den Gang der die Strafrechtspflege in Uebertretungsfällen zu erlangen, werden die Verhandlungen über Berufungen gegen die Urtheile der Bezirksgerichte bieten.

Die große Wichtigkeit dieser Verhandlungen geht schon daraus hervor, daß es sich um Entscheidungen handelt, gegen welche ein weiterer Rechtszug nicht offen steht. Es wäre ein schwerer Irrthum, wollte die Staatsanwaltschaft den Gegenstand dieser Verhandlung deshalb unterschätzen, weil es sich dabei nur um Uebertretungen handelt. Auch die Folgen der Verurtheilung wegen einer Uebertretung sind oft sehr empfindlich und weitreichend. Außerdem aber hat auch für die öffentliche Ordnung die richtige Handhabung der Strafrechtspflege in Uebertretungsfällen eine größere Bedeutung, als bei oberflächlicher Betrachtung zu erkennen sein mag. Denn gerade auf diesem Gebiete handelt es sich zumeist um Personen, die noch auf dem Wege zum Verbrechen aufgehalten werden können, und um Gefährdungen, deren Nichtbeachtung auch in den besseren Kreisen der Bevölkerung die so nothwendige und die so vielfach schwer vermehrte Achtung vor dem Gesetze, die Gewohnheit unbedingter Unterwerfung unter dasselbe untergräbt.

So wie ich schließlich den Herrn Oberstaatsanwälten die aufmerksame und theilnahmevolle Ueberwachung der Thätigkeit ihrer Untergebenen empfehle, so wird es auch das Justizministerium daran nicht fehlen lassen. Insbesondere mögen die Organe der Staatsanwaltschaft das von überzeugt sein, daß das Justizministerium auch jene Leistungen nicht übersehen, noch unterschätzen werde, welche sich ihrer Natur nach der Öffentlichkeit entziehen, aber darum für die Zwecke der Strafrechtspflege nicht minder wichtig und nicht minder geeignet sind, von der hingebenden Pflichterfüllung der staatsanwaltschaftlichen Beamten Zeugnis zu geben.

Tagesneuigkeiten.

(Die Normal-Aichungscommission.) Wird in Vollziehung des § 6 der Ministerialverordnung vom 17. Februar 1872 zu ihrer dritten Plenarversammlung Samstag, den 26. d. M., zusammentreten. Die Tagesordnung wird folgende Gegenstände umfassen: 1. Zusätze und Abänderungen zur Aichordnung; 2. Zusätze und Abänderungen zu der Instruction für Aichämter; 3. Zusätze und Abänderungen zum Aichgebührenarif; 4. Zulassung zur Aichung von besonderen Brodgewichten für das l. l. Militär; 5. Zulassung zur Aichung der modificirten Pfandwaagen, der verbesserten Veranger'schen und der Pfister'schen Tafelwaage; 6. Beratung über die Zulassung von neuen Gasmessern mit doppeltem Wasserstandsrohr und von trockenen Gasmessern; 7. prinzipielle Entscheidung, ob die Aichung gusseiserner Gewichtes im Gußwerke selbst gestattet

werden soll; 8. Form der Publicationen der Normal-Aichungscommission an die Aichämter und Aufsichtsbehörden; 9. Organisation der Aichämter; 10. Besuch des l. l. Aichers in Berlin um Zulassung der von der kais. Normal-Aichungscommission in Berlin geprüften und von der l. und l. Gesundheitsbehörde selbst beglaubigten Gasmesser zur Verwendung in Oesterreich.

— (Verkehrsstörung.) Laut Telegramm aus Verona vom 14. d. M. dauert die Unterbrechung auf der calanarischen Linie noch immer fort und werden deshalb auf der Südbahn bis auf weiteres keine Frachten über Taranto angenommen.

— (Verkehr.) Das Postdampfschiff „Thuringia“, Capitän Meyer, ist am 26. v. M. von Hamburg abgegangen und am 10. d. M. wohlbehalten in New-York angekommen.

Locales.

Auszug

aus dem Protokolle über die ordentliche Sitzung des l. l. Landes-Schulrathes für Krain in Laibach am 27. November 1873 unter dem Vorsitze des Herrn l. l. Hofrathes Fürsten Vorhar Metternich in Anwesenheit von 8 Mitgliedern.

1. Die seit der letzten Sitzung erledigten Geschäftsstücke werden durch den Schriftführer an der Hand des Geschäftsprotokolls vorgetragen und es wird deren Erledigung zur Kenntnis genommen.

2. Das von Professor Jesenko mit dem Ansuchen um eine entsprechende Remuneration und Unterstützung vorgelegte Manuscript seines Werkes: „Primorjalni prirodnanski zemljopis“ wird an das hohe l. l. Ministerium für Kultus und Unterricht in Vorlage gebracht.

3. Das Gesuch des Professors Johann Tuzek um Erwirkung einer angemessenen Aushilfe behufs Drucklegung seiner slovenischen Uebersetzung der Dr. Franz Močnik'schen Geometrie für Unterghymnasien I. Abtheilung wird an das hohe Ministerium für Kultus und Unterricht geleitet.

4. Ueber Antrag der Direction der Staatsoberrealschule in Laibach wird zur Besetzung der an dieser Anstalt erledigten Katechetensstelle der Concurs ausgeschrieben.

5. Die Resignation des für das l. l. Real- und Oberghymnasium in Rudolfswerth ernannten Zeichenlehrers Petrina, wird zur Kenntnis genommen, und dem hohen Ministerium für Kultus und Unterricht angezeigt; zugleich wird beschlossen, diese Lehrstelle erst im 2. Semester 1873/74 wieder zur Bewerbung auszuscheiden, weil für deren Supplirung im laufenden Schuljahre vorgesorgt ist.

6. Die von der Direction des l. l. Real-Oberghymnasiums in Rudolfswerth angezeigte Bestellung des Lehramts-candidaten Paul Tomazit zum Supplenten für Naturgeschichte wird zur genehmigenden Kenntnis genommen und demselben die Substitutionsgebühr stüßig gemacht.

7. Das von der Direction des Realghymnasiums in Krainburg vorgelegte Gesuch des supplirenden Zeichenlehrers Alwin von Bauvermanns um Ernennung zum wirklichen Lehrer daselbst wird an das hohe Ministerium für Kultus und Unterricht geleitet.

8. Es gelangt der an das hohe Ministerium für Kultus und Unterricht vorzulegende Bericht über den Zustand der hiesigen Ghymnasien und Realghymnasien im Schuljahre 1872/73 zur Vorlage, und es werden die den Directionen dieser Anstalten über die vorgelegten Jahresabschlußberichte herauszugebenden Erledigungen beraten.

9. Die Gesuche mehrerer Lehrer am l. l. Real- und Oberghymnasium in Rudolfswerth um Definitivverklärung im Lehramte werden an das hohe Ministerium für Kultus und Unterricht in Vorlage gebracht.

10. Dem Ansuchen der Direction des Staatsghymnasiums in Gottschee um Erhöhung der Supplimentengebühr für den Zeichenlehrer wird keine Folge gegeben. Weiters wird die Eröffnung eines wöchentlich zweistündigen Gesangs-curses daselbst mit Rücksicht auf die beträchtliche Zahl der Schüler, die sich dazu gemeldet haben, zur genehmigenden Kenntnis genommen.

11. Das Gesuch des Professors Anton Heinrich um Bewilligung die beiden selbstverfaßten stenographischen Werke als: das stenographische Vortrags- und Lesebuch über Wort- und Satzfolge und stenographische Lesebuch über Etymologie und Sintax bei der Ertheilung des stenographischen Unterrichtes an den laibacher Mittelschulen gebrauchen zu dürfen, wird an das hohe Ministerium für Kultus und Unterricht geleitet.

12. Die Bestellung des Lehramts-candidaten Franz Sparmann zum supplirenden Lehrer für klassische Philologie am l. l. Real- und Oberghymnasium in Rudolfswerth wird genehmigt und demselben systemmäßige Substitutionsgebühr stüßig gemacht.

13. Dem Gesuche eines Realschülers um Befreiung der Schulgeldbefreiung wird keine Folge gegeben.

14. Der Entwurf des Hauptberichtes über den Zustand des Volksschulwesens in Krain für das Jahr 1873 wird genehmigt.

15. Von den um Befreiung von der Entrichtung des Schulgeldes ansuchenden Schülern der Übungsschule an der l. l. Lehrerbildungsanstalt in Laibach werden 13 befreit, zweien aber die Befreiung verweigert. Weiters wird über die von der Direction gestellte Anfrage das bisher an der Anstalt in Übung gestandene Einsammeln des sogenannten Familiargeldes sofort eingestellt.

16. Dreizehn Schülerinnen der Übungsschule an der l. l. Lehrerinnenbildungsanstalt wird die gebetene Befreiung von der Zahlung des Schulgeldes bewilligt.

17. Die Aufnahme des l. l. Realschulprofessors Dopl und der Malerin Henriette Langus als Hilfslehrerin für den Zeichnungsunterricht, und zwar des erstern für die l. l. Lehrer- der letztern aber für die Lehrerinnenbildungsanstalt wird zur genehmigenden Kenntnis genommen.

18. Ueber Ansuchen der Direction der l. l. Lehrerbildungsanstalt wird die Stelle eines Hauptlehrers für das deutsche Sprachfach, dann Erziehungs- und Unterrichtslehre, eventuell für das deutsche und slovenische Sprachfach zur Bewerbung ausgeschrieben.

19. Dem Ansuchen des Baucomités, des Abpflanzungsbaucomités des Maßergebäudes in Laibach zum Schulhause, betreffend eine Modification in der Bauausführung wird bedingte Folge gegeben.

20. Der Direction des l. l. Unterghymnasiums in Gottschee wird in Erledigung des Berichtes betreff Erziehung einiger Stipendien für gottscheer Ghymnasialschüler aus Staatsmitteln bedeutet, daß, nachdem die Institution der Staatsstipendien im Systeme der Mittelschulen nicht gegründet ist, dieses Ansuchen zur höheren Vorlage nicht geeignet ist, daß übrigens durch die jährliche mehrmals stattfindende Concursauschreibung einer bedeutenden Anzahl von erledigten Privatstipendien, auch den Schülern des gottscheer Ghymnasiums die Aussicht auf möglichste Berücksichtigung geboten ist.

21. Das Ansuchen der Direction des gottscheer Ghymnasiums um eine Subvention für den gewerblichen Zeichenunterricht wird dem hohen Ministerium für Kultus und Unterricht vorgelegt.

22. Die Unterlehrerstellen an den vierklassigen Volksschulen in Adelsberg und Bischoflack werden in Lehrerstellen unter Festsetzung des Gehaltes mit je 400 fl. umgewandelt.

23. Ueber Vorschlag des l. l. Bezirkschulrathes in Gurtsfeld werden die Lehrergehälter an den Volksschulen in Gafelbach und Ratschach mit je 500 fl. festgesetzt.

24. Der Landeschulrath beschließt am 2. Dezember 1873 anlässlich des 25jährigen Regierungs-jubiläums Sr. Majestät des Kaisers Franz Joseph des Ersten dem Herrn l. l. Landespräsidenten unter Führung des Stellvertreters des Vorsitzenden in corpore die Glückwünsche mit der Bitte darzubringen, dieselben zur Allerhöchsten Kenntnis zu bringen.

Der constitutionelle Verein

in Laibach hielt gestern abends seine 48. Versammlung.

Der Obmann Herr Dr. Suppan begrüßte die Anwesenden und stellte die Frage, ob der Verein, welcher heuer bereits die Sanction des Wahlreformgesetzes und das Kaiserfest in solennier Weise gefeiert hat, auch die Verfassungsfest am 21. d. Z. begehen soll.

Professor Herr Dr. Suppan ergreift das Wort und bemerkt, daß die Feier patriotischer Feste durch Vorfälle im verfassungseindlichen Lager bereits zu wichtigen Ausfällen Anlaß gab; daß die Verfassung bereits in Fleisch und Blut übergegangen, derzeit etwas selbstverständliches sei; daß es im politischen Leben in der Folge noch viele wichtige Anlässe zu patriotischen Festen geben werde und deshalb die bisher übliche Verfassungsfest für heuer auszufallen hätte. (Dieser Antrag wird angenommen.)

Hierauf wird zur Tagesordnung geschritten.

Herr Graf Thurn referirt über die Wiener Weltausstellung und constatirt, daß die Resultate derselben die Brust jedes Oesterreichers mit Stolz erfüllen müssen. Es war ein herrlicher Anblick, die Werke der geistigen und Händearbeit, die Werke des Friedens, leider auch die Werke der Zerstörung in solcher Vollendung vor sich zu sehen! Die Weltausstellung erbrachte den Beweis, daß Oesterreichs Productionskraft sich potenciert hat, daß Oesterreich in die Reihe der ersten Kulturstaaten eingetreten ist; daß die Völker Oesterreichs einen großen Verband bilden. Redner schließt mit dem Wunsche, daß die edlen Staatsbürger der Weltausstellung mächtig in die Halme schießen und als goldene Frucht unserm Vaterlande reiche Folgen bringen mögen.

Herr Dr. Ritter v. Kaltenegger hebt die praktischen, politischen Erfolge der Weltausstellung hervor. Der Redner constatirt, daß Oesterreich aus seiner seit Jahren eingenommenen isolierten Lage herausgetreten ist und in Folge der Monarchenbegegnungen seine vorige hohe politische Stellung wieder errungen hat. Dieser politische Erfolg wird allen Gesellschaftskreisen Oesterreichs zu gute kommen, und deshalb begrüßt er freudig die Resultate der Weltausstellung.

Herr Dr. v. Schrey spricht über das Gesetz betreffend die Staatshilfe. Der Redner weist auf die Verheerungen hin, welche die im Mai eingetretene Krisis geschaffen und Handel, Gewerbe, Industrie und den Geldmarkt so arg geschädigt haben. Die finanzielle Calamität trat wie ein Elementarereignis ein, vernichtete die Paläste des Schwindels und leider auch die wahren Werthe des Geldmarktes. Eine Saat des Miscredits ist aufgeschossen. Die Misere traf die Gerechten und Ungerechten; das Schicksal ergab nicht nur den Schwindler, sondern leider auch den arbeitsamen kleinen Gewerbsmann und emsigen Sparrer. Weder die reichen Finanzfirmen, noch der Staat leisteten anfangs Hilfe; die Größe der Gefahr wurde rechtzeitig nicht erkannt, der Geldmarkt blieb durch sechs Monate ohne Hilfe. Es ist unbestreitbar Aufgabe des Staates in seiner Einheit, den einzelnen unverschuldet Bedrängten

Hilfe zu leisten. Die Theorie der Selbsthilfe muß sich der Lebenspraxis anpassen. Der Staat hilft bei Elementarereignissen; er muß auch bei eintretenden volkswirtschaftlichen Unglücksfällen helfen. Die Regierung war zur Hilfe verpflichtet, denn sie hat mit allzugroßer Liberalität Concessionen erteilt und ließ einen lässigen Controlsapparat spielen. Die Staatshilfe mußte in normale Bahnen geleitet werden, um das Vertrauen wieder zu erwecken und Arbeit zu schaffen. Redner meint, 80 Millionen Gulden dürften wohl hinreichend sein, um die Krisis gänzlich zu beseitigen und die Gesundung der Börse könne nur durch die Liquidierung der lebensunfähigen Institute erfolgen. Das Gesetz über die Vorschusskassen und Eisenbahnbauten müsse auch der Redner freudig begrüßen; im stillen würden es ja auch die Anhänger der Rechtspartei thun. Redner betont, daß es denn doch viele werthvolle Effecten gibt, die der Belehnung würdig sind. Die Erfahrung wird lehren, daß die Staatshilfe die Wiederbelebung der Volkswirtschaft zur Folge haben wird.

Herr Dr. Schaffer erinnert, daß sich das neue-wählte Abgeordnetenhaus bei Veranlassung des Anlehensgesetzes in einer ganz eigenhümlichen schwierigen Lage befand. Das wichtige Gesetz mußte bei noch nicht völlig klarer Situation in wenigen Stunden durchberathen werden, die Größe des Unglücks wurde eingeschätzt und unter den projectirten drei Mitteln zur Abhilfe: Emission von Staatsnoten, Darlehens-scheinen und Anlehen, entschied man sich für das letzte. Der Redner motiviert weiter, warum er als Mitglied des Abgeordnetenhauses und Ausschusses gegen die Effectenbelehnung gesprochen hat. Die Börsenkrisis sei größtentheils durch Börsenmänner selbst herbeigeführt worden; der kleine Gewerbsmann sei in der Regel nicht im Besitze zweifelhafter Wertheffecten; überdies dürfte das Anlehen von 80 Millionen, wovon 25 Millionen zu Eisenbahnbauten zu verwenden sind, im Restbetrage von 55 Millionen Gulden zur Ausbesserung für Industrie, Handel und zur ausgedehnten Effectenbelehnung nicht ausreichen. Redner spricht die Erwartung aus, daß die Krise durch das neueste Anlehensgesetz beendet werde und die Regierung bei Durchführung desselben eine glückliche Hand führe.

Herr Dr. Suppan ergreift das Wort und erläutert, warum er, eben auch Mitglied des Abgeordnetenhauses, für die Effectenbelehnung votierte. Außer den pupillarmäßig sichergestellten Effecten bestehen ja noch andere Effecten, die größere Werthe, als ersterwähnte, haben. Die Staatshilfe ist kein Geschenk, sie ist nur ein gegen Garantie gegebener Vorschuss. Es bedürfte keiner besonderen Kenntnisse, um heute beurtheilen zu können, welche Effecten derzeit werthlos geworden! Eine Gefahr bei der Effectenbelehnung ist nicht vorhanden, darüber finden sich Beispiele im nahen Auslande. Das Gesetz hat Vorsichtsmaßregeln getroffen, um Mißbräuchen entgegenzutreten. Der zur Prüfung der Belehnungseffecten aufgestellten Commission müsse man Vertrauen schenken. Redner knüpft an das Anlehensgesetz wohl keine großen Erwartungen, aber Handel und Industrie werden immerhin Unterstützung finden und der Staat bei der Effectenbelehnung voraussichtlich keinen Nachtheil erleiden; eher dürfen sich bei dem Bau von Staats-Eisenbahn-Nebenlinien Verluste ergeben, wenn nemlich die Rente aus den kurzen Strecken nicht gefunden und die Staatsverwaltung genöthigt sein würde, diese Nebenlinien an die nächste Eisenbahngesellschaft um jeden Preis abzutreten; man will eben durch den Eisenbahnbau auf Staatskosten der darniederliegenden heimischen Eisenindustrie aufhelfen.

Sämmtliche Vorträge und Reden wurden beifällig aufgenommen.

(Ernennung.) Das k. k. Oberlandesgericht hat dem Rechtspractikanten Herrn Jakob Wunda in Laibach eine Ausrufantenstelle für das Herzogthum Krain verliehen.

(Das Leichenbegängnis) des hiesigen Handelsmannes Herrn J. C. Stöckl wurde gestern von der Leichenbestattungsanstalt Doberlet in solenner Weise besorgt. Im Trauerhause brachten Angehörige des Männerchors der philharmonischen Gesellschaft dem Verstorbenen den letzten Abschiedsgruß. Dem Leichenbegängnisse wohnten die Vertreter der Handelsfirmen, mehrerer Vereine, namentlich die Mitglieder der Rohrschlagengesellschaft bei.

Börsebericht. Wien, 16. Dezember. Die Börse war flau, theils infolge einiger stärkeren Ordres für Bahnpapiere, welche nur mit Concessionen effectuierbar waren, theils bewirkte die Nachricht, daß beabsichtigt werde, den Handel von Actien ohne Vergütung laufender Zinsen einzuführen, die Lösung mancher Engagements und dadurch eine Reaction.

	Geld	Ware
Staatsrente (Februar-)	69 60	69 70
Januar-)	69 50	69 60
April-)	74 --	74 20
Staatsrente (Februar-)	74 --	74 10
1859	287 --	293 --
1864	97 50	98 --
1860	101 --	101 50
1860 zu 100 fl.	109 --	109 50
1864	130 --	130 50
Domanen-Pfandbriefe	118 --	118 50
Böhmen	95 --	96 --
Galizien	76 25	77 --
Siebenbürgen	76 50	74 25
Ungarn	76 --	76 50
Donau-Regulierungs-Pf.	96 80	97 20
Ung. Eisenbahn-Anl.	96 10	97 --
Ung. Prämien-Anl.	75 --	77 25
Wiener Communal-Anlehen	85 30	85 60

	Geld	Ware
Anglo-Bank	131 --	131 50
Bankverein	55 --	57 --
Bodencreditanstalt	90 --	95 --
Creditanstalt	235 --	235 50
Creditanstalt, ungar.	131 --	133 --

	Geld	Ware
Depositenbank	50 50	51 50
Escomptobank	885 --	895 --
Franko-Bank	29 --	29 50
Handelsbank	59 50	60 --
Kandtenbankverein	991 --	992 --
Nationalbank	29 50	30 50
Deferr. allg. Bank	200 --	212 --
Deferr. Bankgesellschaft	104 25	104 75
Unionbank	12 50	13 --
Bereinsbank	167 50	108 50
Verkehrsbank	152 --	153 --
Karl-Ludwig-Bahn	227 --	228 --
Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	510 --	515 --
Elisabeth-Weißbahn	218 --	219 --
Elisabeth-Bahn (Kinz-Budweiser Strecke)	2060 --	2075 --
Herzogs-Nordbahn	213 --	215 --
Remb.-Gera.-Jaffa-Bahn	139 50	140 --
Cygod-Gesellschaft	450 --	452 --
Deferr. Nordwestbahn	199 --	200 --

(Ein Kindergartenfest) findet wie alljährlich auch heuer im Institute der Fräulein Rehn am Dienstag den 23. d. um 5 1/2 Uhr abends statt. Wegen der Sitzungen des h. Landtages gelang es der Institutsverwaltung nicht, für diesen Abend den Redoutensaal zur Verfügung zu erhalten; das Kindergartenfest wird daher in den Localitäten des Institutes (Fürstehof 206) arrangiert. Die zur Aufnahme einer größeren Anzahl von Freunden des Kindergartens unzureichenden Räumlichkeiten sind leider Anlaß, daß die Einladungen zum Besuche dieses Festes heuer nur an die h. Schulbehörden und Eltern der den Kindergarten besuchenden Kinder ergehen können.

(Staatspreise für Käse.) Um die vom hohen k. und k. Ackerbauministerium für die Gründung von Käsevereinigungen ausgeschriebenen fünf Staatspreise à 600 fl. und 300 fl. setzen sich dieses Jahr sechzehn Käsevereinigungen in Competenz; darunter sind 5 aus Nord-, 8 aus Südtirol, 2 aus Vorarlberg, 1 aus Krain.

(Kindergesetz.) Die „Graz. Btg.“ meldet: „Gegen Kroatien, Nieder- und Ober-Oesterreich ist die steiermärkische Grenze gesperrt; gegen Ungarn und Krain, wo die Seuche noch ferne von der steiermärkischen Grenze ist und die Hoffnung gehegt werden kann, daß es den dortigen Behörden gelingen werde, dieselbe im Keime zu ersticken, ist der Verkehr noch frei, jedoch sind alle Anstalten getroffen, im Falle des Einschreitens der Seuche die Grenzsperrre sogleich eintreten zu lassen.“

(Theaterbericht vom 17. d.) Ein completer Roman, reichlich mit ergreifenden, ja erschütternden Szenen ausgestattet, spielte sich vor — sehr schwach besuchtem Hause ab. Volles Lob gebührt den Darstellern: Herrn Bauer (Graf St. Germain), Frä. Brambilla (Marquise Appiani), Frau Kletzinsky-Bürger (Johanna) und Herrn Lachner (Blumer), die mit vollem Verstandnis und lobenswerthem Eifer ihre Rollen — leider vor leeren Bänken — abspielten. Hervorheben wollen wir auch die eleganten Toiletten, in denen die beiden genannten Damen sich präsentierten.

(Die k. k. Landwirtschaftsgesellschaft in Krain) hat pro 1874 einen Wirtschaftskalendar und Geschäftskalender herausgegeben und den Josef Blasnik'schen Erben in Laibach den Druck und Verlag desselben (Preis 80 kr. per Stück) übergeben. Dieser Kalender enthält: 1. Das gewöhnliche Kalendarium sammt Einschreib-Tagebuch; 2. die Genealogie unseres Kaiserhauses; 3. den Personalstand der a. Mitglieder der krainischen Landwirtschaftsgesellschaft und ihrer Filialen Laibach, Umgebung Laibach, Egg, Stein, Krainburg, Neumarkt, Radmannsdorf, Kronau, Wockeln, Oberlaibach, Planina, Paas, Avelsberg, Feistritz, Senofelsch, Wippach, Reifnitz, Gontschee, Sittich, Treffen, Neudegg, Rudolfswerth, Mölling, Gurlfeld, Savenstein, Ratschach; b. Landesvertretung; c. des Landesauschusses; der Landesämter und Anstalten; d. k. k. Landesregierung, k. k. Bezirkshauptmannschaften, Gemeindevertretungen; e. Schulbehörden und Lehrkörper; f. k. k. Justizbehörden, Advocaten- und Notariatskammern, Advocaten und Notare; g. des Landes-Gendarmerie-Commandos; h. k. k. Finanzbehörden und Aemter; i. Grundsteuer-Regulierungs-Commission; k. Behörden und Aemter für Handel- und Volkswirtschaft (Postanstalten, Telegraphenämter, Straßencomités, Weltausstellung, Nationalbank, Sparkassen, Ausbesserungsvereine); l. kirchliche Behörden in Krain (Domkapitel, Consistorium, Dekanate); schließlich m. Notizen über die Verwendung von Staatssubventionen zu landwirtschaftlichen Zwecken, Guterzeugnisse, neues Maß und Gewicht u. a. — In der Eigenschaft als heimatliches Adressenbuch wird dieser Kalender wesentlich gute Dienste leisten.

Neueste Post.

Pest, 18. Dezember. Se. Majestät der Kaiser werden heute in Pest-Ofen Audienzen erteilen.

Aggram, 17. Dezember. Se. Majestät hat dem Gesekartikel über das kroatische Budget für das Jahr 1873 die Allerhöchste Sanction erteilt.

Kragujavac, 16. Dezember. Heute brachte die Regierung unter dem Vorwande der Skupschina eine Vorlage wegen Abschaffung der körperlichen Züchtigung ein.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 17. Dezember.

Papier-Rente 69.50. — Silber-Rente 74.10. — 1860er Staats-Anlehen 101.75. — Bank-Actien 994. — Credit-Actien 284.25. — London 113.30. — Silber 108.50. — R. t. Münz-Ducaten. — Napoleonsd'or 9.08.

Wien, 17. Dezember. 2 Uhr Schlußcourse: Credit 234, Anglo 133 1/2, Union 102 1/2, Francobank 29 1/2, Handelsbank 59 1/2, Vereinsbank 11, Hypothekendarlehenbank 14, allgemeine Baugesellschaft 50 1/2, Wiener Baubank 78 1/2, Unionbank 43 1/2, Wechselbank 11 1/2, Briggittenauer 11 1/2, Staatsbahn 33 1/2, Lombarden 167. Markt.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Laibach, 17. Dezember. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 8 Wagen mit Getreide, 4 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 35 Zentner, Stroh 12 Zentner), 32 Wagen und 2 Schiffe (16 Kister) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

	Mitt. fl.	Mitt. kr.		Mitt. fl.	Mitt. kr.
Weizen pr. Megen	7 30	8 4	Butter pr. Pfund	42	—
Korn	4 70	5 30	Eier pr. Stück	3	—
Gerste	4 20	4 7	Milch pr. Maß	10	—
Hafer	2 10	2 32	Rindfleisch pr. Pfd.	26	—
Halbfrucht	—	6	Kalbfleisch	32	—
Heiden	4 20	4 27	Schweinefleisch	25	—
Hirse	4 50	4 67	Lammfleisch pr.	21	—
Kartoffeln	4 60	4 72	Lamm pr. Stück	40	—
Erbsen	2 30	—	Lauben	20	—
Linien	6	—	Heu pr. Zentner	1	—
Erbsen	6 20	—	Stroh	75	—
Hilfen	6 80	—	Holz, hart, pr. Kst.	8	—
Rindschmalz Pfd.	54	—	— weiches, 22"	5 50	—
Schweinschmalz	42	—	Wein, roth, pr. Eimer	15	—
Speck, frisch	30	—	— weißer	18	—
— geräuchert	42	—			

Rudolfswerth, 15. Dezember. Die Durchschnitts-Preise stellten sich auf dem heutigen Markte, wie folgt:

	fl.	kr.		fl.	kr.
Weizen per Megen	7	10	Butter pr. Pfund	—	—
Korn	5	—	Eier pr. Stück	—	2 1/2
Gerste	4	20	Milch pr. Maß	—	10
Hafer	1	90	Rindfleisch pr. Pfd.	—	26
Halbfrucht	—	—	Kalbfleisch	—	32
Heiden	4	20	Schweinefleisch	—	28
Hirse	—	—	Schöpfensfleisch	—	—
Kartoffeln	4	60	Lamm pr. Stück	—	40
Erbsen	2	10	Lauben	—	20
Linien	—	—	Heu pr. Zentner	1	60
Erbsen	—	—	Stroh	—	1
Hilfen	6	40	Holz, hartes 32", Kst.	6	50
Rindschmalz pr. Pfd.	—	50	— weiches	—	—
Schweinschmalz	—	44	Wein, roth, pr. Eimer	10	—
Speck, frisch	—	38	— weißer (alt)	10	—
Speck, geräuchert Pfd.	—	—	Leinsamen pr. Megen	—	—

Angekommene Fremde.

Am 17. Dezember.

Hotel Stadt Wien. Pügel, Commis, Villach. — Köster, Kaufmann, Bräun. — Weider, Händler, Graz. — Wachter, Reisender, Wien. — Petzsch, Kaufm., sammt Frau, Krainburg.
Hotel Elephant. v. Volkswing, Studirender, Wien. — Ritzhofer, Siffel. — Baron Laupfer, Weizelburg. — Kolar, Sabor. — Repina, St. Martin. — Schlieber, Lad. — Weber, Lad. — Wagonig, Pittai. — Zento, Dornegg. — Oberst, k. k. Mittmeister, Jara. — Haunicher, Buchhalter, Wien.
Hotel Europa. Bodnir, Lustthal.
Kaiser von Oesterreich. Bergant, Graz.
Bairischer Hof. Hauptmann, Wien. — Dietzke, Schweinhändler, Freudenstadt. — Voigbi, Freudenstadt.
Sternwarte. Schiffer, Lustthal. — Hodejar, Podlog.

Theater.

Heute: Die Hugenotten. Oper in 5 Akten.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Dezember	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Wolken	Niederschlag in Millimetern
17.	6 U. Mg.	732.16	- 5.7	D. schwach	3. Hälfte bew.	—
2.	„ „	735.16	+ 8.4	SB. schwach theilw. bew.	0.6	—
10.	„ „	734.35	+ 1.1	W. mäßig	heiter	—

Windrichtung von Ost nach Südwest. Der Höhenreis ver schwunden. Sonntags Tag. Abendroth. Das Tagesmittel der Wärme + 1.5, um 3.0° über dem Normalen.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Actien von Banken.

	Geld	Ware
Anglo-Bank	131 --	131 50
Bankverein	55 --	57 --
Bodencreditanstalt	90 --	95 --
Creditanstalt	235 --	235 50
Creditanstalt, ungar.	131 --	133 --

Actien von Transport-Unternehmungen.

	Geld	Ware
Alsbil-Bahn	152 --	153 --
Karl-Ludwig-Bahn	227 --	228 --
Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	510 --	515 --
Elisabeth-Weißbahn	218 --	219 --
Elisabeth-Bahn (Kinz-Budweiser Strecke)	2060 --	2075 --
Herzogs-Nordbahn	213 --	215 --
Remb.-Gera.-Jaffa-Bahn	139 50	140 --
Cygod-Gesellschaft	450 --	452 --
Deferr. Nordwestbahn	199 --	200 --

Obanbriefe.

	Geld	Ware
Allgem. österr. Bodencredit	90 50	91 --
— in 33 Jahren	82 --	82 25
Nationalbank a. W.	91 50	91 90
Ung. Bodencredit	80 75	81 25

Prioritäten.

	Geld	Ware
Elisabeth-B. 1. Em.	95 --	—
Ferd.-Nordb. S.	105 --	106 50
Karl-Ludwig-B. 1. Em.	102 75	103 --
Deferr. Nordwest-B.	101 50	102 --
Siebenbürger	84 50	85 --
Staatsbahn	139 --	140 --

Goldsorten.

	Geld	Ware
Ducaten	5 fl. 40 kr.	5 fl. 40 kr.
Napoleonsd'or	9 " 07 "	9 " 08 "
preuß. Kassenscheine	1 " 69 "	1 " 69 "
Silber	108 " 40 "	108 " 60 "

Krainische Grundentlastungs-Obligationen.

	Geld	Ware
Privatnotierung: Geld	89 50	90 50